



Protokollauszug

zum AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND UMWELT

am Donnerstag, 03.05.2012, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Neubau Schul- und Vereinsbad im
Innenstadtcampus
- Auslobung Wettbewerb

Vorl.Nr. 107/12

Beschluss:

Die in der Anlage angefügten Auslobungsunterlagen der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH für den nichtoffenen Realisierungswettbewerb (nach RPW 2008) zur Planung des Neubaus des Schul- und Vereinsbades im Innenstadtcampus werden dem Grunde nach genehmigt. Über eventuelle Ergänzungen oder Abweichungen durch Preisrichtervorbesprechung oder Rückfragenkolloquium wird der Gemeinderat informiert bzw. sind Vertreter des Gemeinderates im Rahmen ihrer Preisrichtertätigkeit eingebunden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Ja 13 Nein 1 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Herr **Weißer** (Hochbau und Gebäudewirtschaft) stellt anhand der Vorl.Nr. 107/12 die Wettbewerbsauslobung für das Schul- und Vereinsbad vor. Von den 20 Teilnehmern an dem Wettbewerb stehen 5 fest und die verbleibenden 15 werden nach Qualifikation ausgewählt. Im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales am 02.05.2012 wurde auf Anfrage angeregt, ob in die Kriterien der Kostenrahmen in die Ausschreibung mit aufgenommen werden könne. Die Verwaltung hat darauf im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales zugesagt, die Meinung der Architektenkammer einzuholen. Diese rät davon ab. Der Auslobungstext sei in zwei Teile aufgeteilt. Der erste Teil A ist der offizielle Teil im Verfahren der Vergabeordnung für freiberufliche Leistungen (VOF). Dieser Teil ist rechtlich in der Struktur freigegeben. Hier werden die Prüfkriterien festgelegt und es wird lediglich vorgegeben, was geprüft wird. Der Teil B geht auf spezifische Vorgaben des Wettbewerbs ein, hier die Prüfung des Kostenrahmens in Höhe von 5,1 Mio.

Mit den Aussagen der Architektenkammer sei man, so Stadtrat **Glasbrenner**, nicht einverstanden. Man werde es juristisch nachprüfen lassen. Hintergrund sei, dass der letzte Wettbewerb, welcher ebenfalls von der Architektenkammer begleitet wurde, als Priorität die Baukosten gesehen habe. Verwundert sei man über die unterschiedlichen Auskünfte der Architektenkammer.

Stadtrat **Noz** bitten um Klarstellung bezüglich der Aussage von Herrn Weißer und Stadtrat Glasbrenner, ob ein Antrag oder eine Anfrage im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales am 02.05.2012 gestellt wurde. Was die Kosten angehe, sei es seiner Meinung nach sinnvoller, die Kosten festzuschreiben. Bekannt sei, dass die CDU mehrheitlich gegen das Bad gewesen sei, sich aber der Forderung der Freien Wähler angeschlossen habe, dass die Kosten von 5,1 Millionen Euro nicht überschritten werden. Da das alte Stadtbad von der Kostenseite nicht darstellbar gewesen ist, werde die CDU-Fraktion das Schul- und Vereinsbad im Innenstadtcampus unterstützen. Dies solle aber zu einem wirtschaftlichen Preis den entsprechenden Nutzungsanforderungen erstellt werden.

BM **Schmid** verliest den im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales vom 02.05.2012 mit 12 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen gefassten Beschluss, den Kostenrahmen in den Auslobungsunterlagen als Beurteilungskriterium aufzunehmen. BM Schmid weist nochmals darauf hin, dass es um eine Ausschreibung der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH gehe und zuständig sei der Aufsichtsrat. Der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales sei für den Bereich Raumprogramm und der Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt für den Städtebau, zuständig. Wünschenswert sei ein guter Städtebau, welcher gut in den Schulcampus reinpasse. Richtig sei, dass man ein funktionales Schul- und Vereinsbad haben möchte mit einer guten Qualität.

Herr **Weißer** merkt an, dass die 5,1 Millionen Euro festgeschrieben seien und danach das Preisgericht urteile.

Stadtrat **Griesmaier** konstatiert, die Einhaltung des Kostenrahmens sei für die SPD-Fraktion selbstverständlich. Man sei auf dem richtigen Weg und froh, dass die CDU-Fraktion die Entscheidung mittragen würde, da es für die Entwicklung des Campus-Geländes sehr wichtig sei. In den Beurteilungskriterien und in den Zielen sei seiner Meinung nach alles beinhaltet, doch weist er besonders auf den Akustikbereich und das Raumprogramm hin. Für dringend notwendig hält es Stadtrat Griesmaier, das Lehrschwimmbekken mit einem Hubboden auszustatten. Dies sei angesichts der heterogenen Gruppe und der Inklusion sehr wichtig. Nachfragen wolle man nach der in der Vorl.Nr. 199/11 angedachten Dachflächennutzung als Spielfläche.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unterstützen, so Stadtrat **Gericke** den Wettbewerb und die Verwaltungsmeinung, dass im Teil B der Kostenrahmen als Richtschnur genannt ist, aber nicht als Beurteilungskriterium. Erfreut sei man, dass bei den Beurteilungskriterien im Teil A die ökologischen Anforderungen und Umweltverträglichkeiten aufgeführt sind und als wesentliches Ziel im Teil B auf das Energiekonzept auf die Energiepreisentwicklung eingegangen wird. Nachdem das Dach nicht mehr als Spielfläche genutzt werde, vertrete er die Meinung, dass das Dach für eine Solarthermische- oder Photovoltaikanlage zur Verfügung gestellt werden könnte. Was das alte Stadtbad betreffe, sieht die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Verantwortung für eine Anschlussnutzung bei der Stadtverwaltung Ludwigsburg und nicht bei den Stadtwerken Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH. Bei der Standortsuche für das Schul- und Vereinsbade habe man sich mehr Möglichkeiten vorstellen können, unterstütze aber das Verfahren.

Stadtrat **Müller** betont für seine Fraktion, dass man froh darüber sei, dass der Wettbewerb für das Schul- und Vereinsbad gestartet sei und man werde das Verfahren positiv begleiten.

Stadträtin **Burkhardt** erklärt, grundsätzlich könnten Stadtrat Hillenbrand und sie dem Wettbewerb für das Schul- und Vereinsbad zustimmen, allerdings wolle sie auf ihre Stellungnahme im Gemeinderat vom 15.12.2011 hinweisen. Hieraus gehe hervor, dass sie nur unter der Voraussetzung zustimmen, dass das alte Stadtbad in die Pläne einbezogen wird und demgemäß natürlich auch das Raumprogramm geändert werden muss.

Herr **Weißer** geht auf die Frage zu den Freiflächen ein. Der Schulsportflächenbedarf sei gedeckt und was die Sportfläche für die Freizeitgestaltung angehe, werde man im Rahmen der Freizeitflächenplanung nochmals eine dezidierte Prüfung machen und zur Vorstellung bringen.

Frau **Wächter** (Stadtwerken Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH) beantwortet die Fragen zu Hubboden, Planung und Bedarf. Im Raumprogramm habe man sich gegen einen Hubboden und für zwei Becken mit unterschiedlichen Tiefen entschieden. Durch eine Beckentiefe von 1,80m sind beide Becken für die Turmsprungübungen nicht geeignet, da hierfür eine Tiefe von 4m benötigt werden. Diese Übungen werden weiterhin im Stadionbad Ludwigsburg durchgeführt. Was die Baukosten angehen, so sei es ein großes Anliegen der Stadtwerke, an den festgeschriebenen 5,1Mio Euro festzuhalten.

Stadtrat **Glasbrenner** gibt folgende Aussagen zu Protokoll: „Die Aussage des Hochbauamtes, dass der Kostenrahmen ein entsprechendes Kriterium darstellt, auch wenn es nicht unter den Kriterien steht, sondern unter den Zielvorstellungen“

BM **Schmid** weist nochmals darauf hin, dass Auftraggeber die Stadtwerken Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH ist.

Herr **Weißer** erklärt nochmals die Unterschiede zwischen Teil A und Teil B. Im Teil A steht was beurteilt wird, nämlich die Kostenkriterien und in Teil B steht wie die Beurteilungsschwelle ist. Diese liegt bei 5,1Mio Euro.

Stadtrat **Griesmaier** bittet aus Gründen der Funktionalität, einen Hubboden mit in die Planungen aufzunehmen.

Herr **Klotz** (Klotz + Partner GmbH) merkt an, dass dies berücksichtigt werden könne, da ein Hubboden an der grundsätzliche Form der Becken nichts verändere.

BM **Schmid** ergänzt, wenn das Gremium an dem Kostenrahmen festhalten wolle, sei es eher unwahrscheinlich, dass ein solcher Hubboden noch mit enthalten sei, gleichwohl dies bei der Auftragsvergabe immer noch abgefragt werden könne.

Stadtrat **Juraneck** weist darauf hin, dass ein Europaweites Verfahren für solch eine Bauaufgabe aus seiner Sicht nicht angebracht ist. Die Grenzwerte seien für so ein Verfahren zu niedrig angesetzt. Hier gehe es um einen funktionalen Bau. Nicht klar sei, warum eine weitere Beauftragung für die Leistungsphase strikt 1 bis 5 sei und nicht „mindestens“.

Herr **Klotz** und Herr **Weißer** merken an, man werde im Realisierungswettbewerb unter Ziffer 1.13.1 das Wort „mindestens“ 1 -5 mit aufnehmen.

Im Anschluss lässt BM **Schmid** über die Vorl.Nr. 107/12 abstimmen.

TOP 2

Berichtswesen in der Stadt Ludwigsburg
- Investitions-Kapazitäts-Steuerung (INKAS) im
Baubereich

Vorl.Nr. 152/12

Beratungsverlauf:

Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) und Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) berichten mit Verweis auf die Vorl.Nr. 152/12 über den Status und den derzeitigen Stand der dem jeweiligen Fachbereich zugeordneten Projekte. Sie gehen dabei insbesondere auf diejenigen Maßnahmen ein, bei denen hinsichtlich Kosten oder Terminplanung der vorgesehene Rahmen voraussichtlich nicht eingehalten werden kann und informieren über die Gründe für Kostensteigerungen und zeitliche Verschiebungen.

Anschließend beantworten BM Schmid Fragen des Gremiums zum Kostenrahmen in der Alleenstrasse und dem Mietpreis der Eberhardstraße. Hinsichtlich der Fördermittel informiert BM Schmid das Gremium, dass die Verwaltung mit 400.000,--Euro rechnen könne.

Zum Thema Alleenstr. 17/21 sagt Frau Barnert (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) zu, nach der Sommerpause mit dem Entwurfsbeschluss in den Ausschuss zu kommen. Weiter merkt sie an, dass die Verwaltung mit den Planungen zur Gartenstraße 14, Schloßlesfeldschule und dem Kinder- und Familienzentrum Poppenweiler noch in den Ausschuss kommen werde.

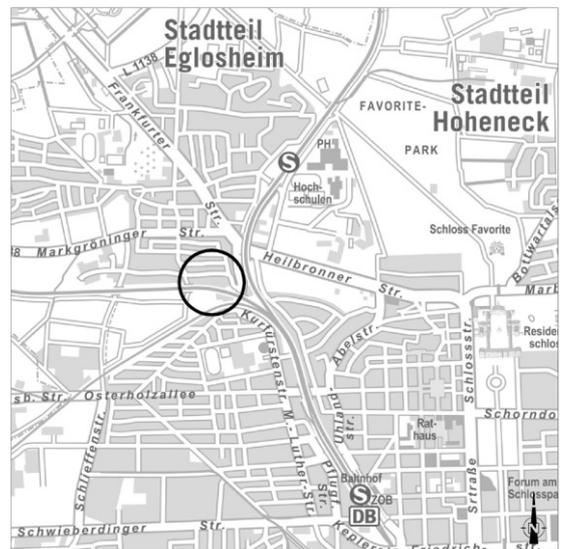
TOP 3

Bebauungsplan "Teinacher Straße" Nr. 079/07
- Satzungsbeschluss
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 155/12

Empfehlungsbeschluss:

- I. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 BauGB und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 BauGB eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 4) werden zur Kenntnis genommen. Die Abwägungsvorschläge der Verwaltung werden entsprechend Anlage 4 beschlossen.
- II. Der Bebauungsplan „Teinacher Straße“ Nr. 079/07 vom 20.04.2012 wird zusammen mit den textlichen Festsetzungen, den örtlichen Bauvorschriften und der Begründung jeweils mit



Datum vom 20.04.2012 gemäß § 10 BauGB und § 74 LBO als Satzung beschlossen.

- III. Der Bebauungsplan „Teinacher Straße“ Nr. 079/07 ersetzt nach seinem Inkrafttreten in seinem Geltungsbereich den bestehenden Bebauungsplan Nr. 1/32.
- IV. Die Verwaltung wird beauftragt, den Flächennutzungsplan gemäß § 13a (2) Nr. 2 BauGB im Wege der Berichtigung anzupassen (Anlage 5).

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Empfehlungsbeschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadtrat Siegmund

Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

BM Schmid begrüßt zu den Tagesordnungspunkten 3 und 4 die Mitglieder des Stadtteilausschusses Eglosheim.

Herr Kurt (FB Stadtplanung und Vermessung) erläutert kurz die Vorl.Nr. 155/12 und empfiehlt dem Gremium das Verfahren mit dem Satzungsbeschluss abzuschließen.

Auf Anregung von Stadträtin Burkhardt und Stadtrat Griesmaier bezüglich des Lärmschutzes, sagt die Verwaltung zu, den Lärmaktionsplan bei passender Gelegenheit nochmals darzustellen.

Sodann lässt BM Schmid über die Vorl.Nr. 155/12 abstimmen.

TOP 4 Erweiterung der Weinmüller Formen- und Werkzeugbau GmbH im Gewerbegebiet Hundshalde in Eglosheim
- Bericht durch den Geschäftsführer

Beratungsverlauf:

Herr Weinmüller (Weinmüller Formen- und Werkzeugbau GmbH) zeigt anhand von einem Plan den Erweiterungsbau seiner Firma. Hierbei geht er insbesondere auf die in Zukunft benötigten größeren Werkzeuge ein. Damit die Teile angeliefert werden könnten, sei eine Schwerlastlieferung nötig. Die derzeitige verkehrsrechtliche Entwicklung sehe diesen Schwerlastverkehr nicht vor, so daß eine Zufahrt über die Markgröninger Strasse dringend von Nöten sei.

BM Schmid erklärt, nach Rückfrage beim Regierungspräsidium bezüglich der Zufahrt sei die Möglichkeit einer Ausnahmeregelung gegeben.

Die Wirtschaftsförderung, so Herr Steinert (FB Referat Nachhaltige Stadtentwicklung), steht dem Bauvorhaben positiv gegenüber und unterstützt die Erweiterung des Standorts.

Das Gremium begrüßt einmütig das Bauvorhaben der Firma Weinmüller. In Anbetracht der Zufahrt regen die Stadträte Griesmaier und Gericke eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 50 Km/h für die gesamte Markgröninger Straße an.

TOP 5 Teilsanierung Kinderspielplatz Karlsruher Allee Vorl.Nr. 156/12
- Bau- und Vergabebeschluss

Beschluss:

1. Baubeschluss

Die Teilsanierung des Kinderspielplatzes Karlsruher Allee in Ludwigsburg Pflugfelden wird entsprechend den Plänen des Fachbereichs Tiefbau und Grünflächen mit **Gesamtkosten in Höhe von 142.000,00 €** ausgeführt.

2. Vergabebeschluss

Der Auftrag zur Durchführung der landschaftsgärtnerischen Arbeiten zur Teilsanierung des Kinderspielplatzes Karlsruher Allee in Pflugfelden wird auf der Grundlage des Angebots vom 16.04.2012 an die Firma Fischer GmbH, im Moldengraben 26, 70806 Kornwestheim, vergeben.

Die Vergabesumme einschließlich 19 % Mehrwertsteuer beträgt:

Angebotssumme (brutto)	78.384,76 €
+ Unvorhergesehenes (ca. 8,4 %)	6.615,24 €
Vergabesumme brutto	<u>85.000,00 €</u>

Bei Kostenüberschreitungen wird das zuständige Gremium dann informiert, wenn die Kosten um mehr als 10 % überschritten werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Die Vorl.Nr. 156/12 erläuternd erklärt Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen), dass die Maßnahme Teilsanierung Kinderspielplatz Karlsruher Allee in Pflugfelden, bis zu den Sommerferien abgeschlossen werden soll. Bezüglich der Planung verweist er auf die Kinderspielplatzkommission.

Stadträtin **Kopf** merkt an, sie habe an der vom Kinderbüro durchgeführten Kinderspielplatztestrundfahrt 2004 teilgenommen und jetzt seien genau die Punkte in der Vorl.Nr. 156/12 angesprochen, welche damals bemängelt wurden. Die CDU-Fraktion stimmt einmütig der Vorl.Nr. 156/12 zu und vertrete die Meinung, dass der Spielplatz neben der Verbesserung durch die Umplanung auch eine Verbesserung für den Stadtteil Pflugfelden sei.

Die Planung, so Stadträtin **Liepins**, sei sehr ansprechend und ihre Zustimmung habe sie bereits in der Kinderspielplatzkommission erteilt. Kritisch sieht Stadträtin Liepins, den für das gesamte Stadtgebiet im Haushalt veranschlagten Betrag in Höhe von 200.000 Euro für Kinderspielplätze. Dieser Betrag ist ihrer Meinung auf Dauer viel zu niedrig.

Stadtrat **Glasbrenner** merkt an, die Freie Wähler Fraktion sei erfreut über die Planung und über die Mittel um den Platz zu sanieren.

Stadträtin **Steinwand** anerkennt die Planung und merkt an, dass die Aufwertung zwar viel koste, hier aber auch dringender Bedarf bestand. Weiter regt sie an, ein Trimmgerät für Senioren mit ins Programm aufzunehmen.

Stadtrat **Müller** bestätigt die gute Planung und merkt an, für die Neugestaltung des Kinderspielplatzes Karlsruher Allee möchte der Bürgerverein Weststadt / Pflugfelden sich mit einer Baumspende beteiligen und bittet dies im Herbst bei der Baumpflanzung zu berücksichtigen. Ebenso regt er an, die Grundschule anzusprechen, ob diese nicht bereit ist, eine Patenschaft zu übernehmen.

Stadträtin **Burkhardt** merkt an, 2/3 des Etats von 2012 werden für den Spielplatz in der Karlsruher Allee benötigt. Bereits bei der Kinderspielplatzkommissionsvorlage habe sie angeregt, den Spielplatzetat für das Jahr 2013 höher anzusetzen.

Anschließend beantwortet Herr **Kohler** Fragen zur Planung und betont die vorbildliche Patenschaft in Pflugfelden. Das Thema Seniorenspielgeräte werde die Verwaltung mitnehmen und für 2013 werde man versuchen, den Etat aufzustocken.

Sodann lässt BM **Schmid** über die Vorl.Nr. 156/12 abstimmen.

TOP 6

TOP Betriebsausschuss Stadtentwässerung

Beratungsverlauf:

Beratungsverlauf siehe Protokoll zum Betriebsausschuss Stadtentwässerung.